

Vorwort des Redaktors

Autor(en): **Herzig, Ernst**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **54 (1979)**

Heft 9

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wer hat Angst vor dem Volk?

Werden in Zukunft gegebenenfalls die stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Schweizer Bürger darüber befinden, ob ein Rüstungsvorhaben für unsere Armee gutgeheissen oder abgelehnt werden soll? Die Sozialdemokraten meinen ja. Sie begründen diese, ihre, Auffassung mit einem Hinweis auf die verschiedenen Pannen, die gerade in jüngster Zeit im Bereich des Eidgenössischen Militärdepartements geschehen sind. Ergo, verkünden sie, soll inskünftig dem Volk, dem obersten Souverän im Schweizerland, Gelegenheit geboten werden, sich für oder gegen ein bestimmtes Rüstungsprojekt zu entscheiden. Um ein solches Volksverdict zu erzwingen, bedarf es des fakultativen Referendums, eines der gängigsten Mittel unserer direkten Demokratie. Wie die Sozialdemokraten Ihre Absichten interpretieren werden und wann sie in die Startlöcher treten wollen, um die dafür notwendige Volksinitiative auszulösen, werden wir in Kürze erfahren – die Nationalrats- und Ständeratswahlen stehen bevor!

Nun mag es nicht wenig besorgte Bürger geben, die hinter dem sozialdemokratischen Plan einen Anschlag gegen unsere Armee vermuten und deshalb mit warnend erhobenem Zeigefinger auf das zuweilen «gestörte Verhältnis» der grössten Landespartei zur militärischen Landesverteidigung hinweisen. Dass auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie Leute angesiedelt sind, die als notorische Gegner jeglichen Wehrdienstes keine Gelegenheit versäumen, der Armee am Zeug zu flicken, ist bekannt. Mit Sicherheit müsste deshalb auch erwartet werden, dass aus dieser Ecke der Partei danzumal versucht werden könnte, das Volk zur Ablehnung eines anstehenden Rüstungsvorhabens zu bewegen. Solche Opposition freilich ist nicht neu. Es hat sie seit dem Ersten Weltkrieg immer gegeben – gelegentlich stärker, meistens schwächer. Doch war ihr, im Rückblick besehen, nie Erfolg beschieden. Revolutionärer oder pazifistischer Antimilitarismus ist nicht nur im Volk, sondern, nüchtern betrachtet, auch in der sozialdemokratischen Partei eindeutig in die Minderheit verwiesen. Extreme Ideologien kommen in der Schweiz nicht an!

So darf man denn als gewiss annehmen, dass der sozialdemokratische Vorstoss nicht von jenen Genossen initiiert worden ist, die unsere Armee am liebsten liquidieren möchten. Eher würde ich meinen, dass die

Partei ein kaum zu bestreitendes militärpolitisches Unbehagen in der Öffentlichkeit aufgenommen und mit wachem Sinn für Machbares in solches Begehren umgemünzt hat. Falls die Initiative lanciert wird, ist an ihrem Zustandekommen nicht zu zweifeln. Ob sie dann später vom Volk akzeptiert wird, steht noch auf einem andern Blatt geschrieben.

Der Gedanke an die Möglichkeit, gewisse Rüstungsvorhaben dem Abstimmungssouverän zur Entscheidung vorzulegen, scheint mir so abwegig nicht zu sein. Zunächst wird er das EMD zwingen, jede Vorlage gründlich zu durchdenken, Alternativen herauszuarbeiten, Beschaffungsmöglichkeiten im Inland und im Ausland abzuklären und die Kostenlage genau zu interpretieren. National- und Ständerat ihrerseits werden sich ihrer Kontrollfunktionen wieder bewusster werden. Würde dann, trotz Zustimmung des Landesparlaments, gegen eine Vorlage das Referendum ergriffen, um eine Abstimmung zu erzwingen, so wäre ein solcher Urnengang in jedem Falle gleichzusetzen mit einem demokratisch herbeigeführten Volksentscheid. Mehr und vertiefter als bisher könnten sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit den Problemen ihrer Armee befassen.

Wer hätte Angst vor solcher Praxis, vor solchen Entscheidungen? Wer hätte Angst vor dem Volk? Wohl niemand, der sich mit eben diesem Volk und seiner Armee identifiziert. Wenn das Wort General Guisans «Die Schweiz hat keine Armee – die Schweiz ist eine Armee» noch Gültigkeit hat – und wer wollte daran zweifeln? –, der dürfte sich vor dem Vorschlag der Sozialdemokraten nicht fürchten und ihn nicht als einen «Anschlag gegen die Armee» verdonnern. Damit wäre niemandem geholfen, am allerwenigsten der Armee.

Und eines noch sollten wir nicht vergessen: diesem Volk zuzuzählen sind an die sechshunderttausend dienstpflichtige Wehrmänner, einige hunderttausend Bürger, die als Veteranen ihrer Wehrpflicht Genüge getan haben, aber auch einige hunderttausend Frauen, die in dieser oder jener Form mit der Armee in Berührung stehen – und das sind doch alles in allem weit über zwei Millionen Sachverständige in militärischen Fragen. Sofern sie hinreichend und ihnen verständlich über Rüstungsvorhaben informiert werden, ist ihrer Urteilsfähigkeit zu vertrauen.

Ernst Herzig